

## AKTUELL

## KLIMAPOLITIK

# Reichen die Maßnahmen?

Joël Adami

**Die neue Regierung setzt beim Klimaschutz keine besonderen Akzente, sondern will weitermachen wie bisher. Das Observatoire de la Politique climatique (OPC) hat Bedenken, ob das reichen wird.**

100 Tage Schonfrist für eine neue Regierung? In der Klimakrise ist dafür keine Zeit. Am vergangenen Samstag veröffentlichte das OPC eine Stellungnahme zum Koalitionsabkommen zwischen CSV und DP. Die Wissenschaftler\*innen, die von der vorigen Regierung – mittels Klimagesetz – beauftragt wurden, die Klimapolitik zu analysieren und zu beobachten, nehmen ihre Rolle ernst. Seinen jährlichen Bericht gab das OPC nach den Wahlen heraus, damit sich die zukünftigen Koalitionär\*innen daran inspirieren könnten. Sie hoben dabei die hohe Verantwortung des Luxemburger Finanzplatzes hervor (siehe woxx 1757) und mahnten die kommende Regierung an, konsequenter gegen Greenwashing vorzugehen.

Die Analyse des Regierungsabkommens legt nun offen: Besonders ambitioniert beim Klimaschutz sind weder CSV noch DP. Der OPC begrüßt allerdings, dass der nationale Energie- und Klimaplan (Pnec) sowie das Klimagesetz weiterhin gelten sollen. Auch die Bürger\*innenbeteiligung, die stärkere Förderung von Energiekooperativen sowie das Versprechen, stärker auf Energieeffizienz in Gebäuden und klimaneutrale Mobilität zu achten, wertet das wissenschaftliche Gremium positiv. Doch dem kurzen Lob folgt im recht knappen Dokument des OPC eine lange Liste mit Verbesserungsvorschlägen für die Regierung Frieden-Bettel.

## Wenig begeistert

Gleich die erste Empfehlung straft eins der wichtigen Credos des neuen Premierministers Lügen: Der wird nämlich nicht müde zu behaupten, wie wichtig ihm die interministerielle Zusammenarbeit sei. Dem OPC nach fokussiert sich das Regierungsprogramm jedoch zu sehr auf individuelle, sektorielle und inkrementelle Maßnahmen. Stattdessen sollten, wie auch der UN-Klimarat IPCC schreibt, integrierte Lösungen vorgezogen werden, die sektorübergreifend für Veränderungen sorgen. Luxemburgs Bürger\*innen sollten motiviert und unterstützt werden, ihren aktuell hohen Konsum und ihre hohen Emissionen zu reduzieren. Dazu gehört laut dem OPC auch eine massiv höhere CO<sub>2</sub>-Steuer. Wie der Klima-Biergerrot schlagen auch die Wissenschaftler\*innen eine Höhe

von 200 Euro pro Tonne vor – alles wohl kaum Sachen, die Frieden unter „Umweltpolitik, die begeistert“ versteht.

Wenig begeistern dürfte auch der Vorschlag, doch die Subventionen auf fossilen Energieträgern – wie etwa die Maßnahmen der letzten Tripartite – zurückzunehmen. Der OPC will, dass andere Möglichkeiten gefunden werden, den ärmsten Haushalten zu helfen: „Auch wenn wir die Entscheidung im aktuellen Kontext verstehen, fordern wir die Regierung auf, diese Subventionen abzuschaffen und andere Lösungen zur Bewältigung der hohen Energiepreise in Betracht zu ziehen“, heißt es in der Analyse der Wissenschaftler\*innen.

## Starke Bedenken bei Landesplanung und Landwirtschaft

Luxemburg leidet seit Jahrzehnten unter einer schleppenden und wenig durchdachten Landesplanung und auch bei diesem Kapitel erhebt der OPC einen mahnenden Zeigefinger: Zwar sei die Idee, öffentliche Plätze zu begrünen gut, doch die Pläne für neue Straßen und die Ausweitung des Bauperimeters führe womöglich zu mehr Flächenversiegelung, was wiederum weniger resiliente Ökosysteme bedeute. Das laufe darauf hinaus, dass auch weniger Möglichkeiten für natürliche CO<sub>2</sub>-Senken beständen, so die Wissenschaftler\*innen. Die betonen dann auch, dass mehr Landnahme den EU-Strategien für Biodiversität und Bodenschutz entgegenliefe.

Starke Bedenken äußert das OPC ebenfalls bei der Landwirtschaft und dem Nahrungsmittelsystem. Eine einzige Ministerin – Martine Hansen (CSV) – ist nun für alle Aspekte der Lebensmittelkette verantwortlich. Diese ist in Luxemburg für 19 Prozent der konsumbasierten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Daher wundert sich das OPC, dass im Regierungsabkommen überhaupt keine Ziele oder konkreten Maßnahmen für Emissionsreduktionen im Lebensmittelsektor festgelegt wurden. Außerdem sei das Kapitel über die Agrarpolitik sehr vage gehalten und lege kaum Ziele oder Maßnahmen fest.

Das OPC bietet der Regierung seine Hilfe an, um die Luxemburger Klima- und Energiepolitik auf Linie mit den neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen zu bringen. Gleichzeitig werden CSV und DP eingeladen, doch die jährlichen Berichte des wissenschaftlichen Observatoriums durchzulesen. Tun sie das, werden sie vermutlich auch besser verstehen, warum das OPC bei vielen Punkten derart streng mit ihnen war.

## SHORT NEWS

## Femizide: Regierung soll Versprechen halten

(mes) – Was in Zypern und Malta bereits Realität ist, wurde auch in Luxemburg versprochen. Die feministische Plattform Jif (Journée internationale des Femmes) ruft anlässlich der diesjährigen „Orange Week“-Aktionswochen die CSV-DP-Koalition dazu auf, Femizide im Strafgesetzbuch zu erfassen. Dazu habe sich die neue Regierung im Koalitionsprogramm verpflichtet, erinnert die Plattform. Als Femizid versteht man die Ermordung von Frauen und Mädchen aufgrund ihres Geschlechts. Laut der Jif gab es 2021 europaweit 2.500 Femizide – sieben pro Tag. Doch in Luxemburg wird der Begriff bislang nicht im Strafgesetzbuch festgehalten, weshalb es keinen rechtlichen Rahmen zur Bekämpfung von geschlechtsbezogenen Morden gibt. Ohne rechtliche Definition werden sexistisch motivierte Morde zudem nicht als solche erfasst. Dadurch „verschwinden“ sie in den allgemeinen Daten. Dies erschwere die zahlenmäßige Erfassung von Femiziden, so die Jif in einem Presseschreiben: „Es wird weiterhin Einzelfalllösungen geben, wobei die notwendige Aufklärungs-, Bildungs- und Präventionsarbeit vernachlässigt wird.“ Bislang erfasst der Observatoire de l'égalité hierzulande nur Morde, die mit häuslicher Gewalt verbunden sind, separat. So kam es 2022 zu 4.530 Fällen von häuslicher Gewalt. Eine Mehrheit – 3.022 – betrafen Frauen oder Mädchen, in drei Fällen wurde das Opfer ermordet. Nicht zuletzt bemängelt die Jif, dass auch die Presse solche Hassverbrechen meist als Einzelfälle behandle, anstatt den Fokus auf die Ursachen sowie die Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu legen.

## Luftverschmutzung: 253.000 vermeidbare Todesfälle

(ja) – In Europa ist die Luftverschmutzung immer noch zu hoch. Das stellte die Europäische Umweltagentur (EEA) am vergangenen Freitag in einer Pressemitteilung klar. Wären die Feinstaubwerte der Weltgesundheitsorganisation WHO eingehalten worden, hätten im Jahr 2021 mindestens 253.000 Todesfälle vermieden werden können. Für Luxemburg gibt die EEA 80 Tote an, die an den Folgen von zu hoher Feinstaubkonzentration in der Luft gestorben sind. Obwohl die Zahl der Todesfälle, die auf Feinstaub zurückzuführen sind, in der EU zwischen 2005 und 2021 um 41 Prozent gesunken sind, bleibt Luftverschmutzung das größte umweltbedingte Gesundheitsrisiko. Vor allem im urbanen Raum führt verschmutzte Luft zu chronischen Erkrankungen und Todesfällen. Der WHO-Richtwert für Feinstaub liegt bei 5 µg/m<sup>3</sup>, was weit unter dem gesetzlichen EU-Grenzwert liegt, der auch in Luxemburg gilt. Die nationale Umweltverwaltung wiegt die Bürger\*innen sogar in trügerischer Sicherheit: Da weiterhin die EU-Grenzwerte und deren Bewertung in der öffentlichen Kommunikation benutzt werden, gelten 10 µg/m<sup>3</sup> – also eine doppelt so hohe Konzentration wie von der WHO empfohlen – noch als „gut“. Solange die EU-Werte nicht angepasst werden, wird sich dies wohl nicht ändern.

## Clae : le guide des associations mis à jour

(fg) – Avec l'entrée en vigueur de la nouvelle loi sur les associations, le 23 septembre, le Clae édite une version mise à jour de son « Guide pour la vie associative ». Pour l'organisation, la publication de ce guide pratique fait partie de sa mission, qui vise l'inscription citoyenne des personnes issues de l'immigration dans la société luxembourgeoise. Le Clae, qui fédère quelque 200 associations issues ou héritières de l'immigration, apporte ses conseils aux créateurs-trices et responsables d'asbl par des actions de formation, d'information, d'appui personnalisé et par la publication de son nouveau guide. L'ouvrage est constitué de 13 carnets, chacun consacré à une question précise : penser et consolider son projet, statut juridique, fiscalité, comptabilité, communication, recherche de sponsors, bénévolat, etc. Autant d'informations utiles pour les petites et moyennes associations, le plus souvent gérées par des bénévoles. Pour les aspects juridiques, le Clae s'est appuyé sur l'expertise du cabinet d'avocats Felten, Assa et associés. « Un but de ce guide est de redonner du sens à l'action en réfléchissant au projet associatif », explique Anita Helpiquet, chargée de direction au Clae. « Il s'agit aussi de rendre accessible une information qui n'est pas toujours partagée par ceux qui la détiennent et, dans ce sens, cette publication est aussi un travail sur la démocratie », ajoute-t-elle. Le guide est en vente au prix de 25 euros, directement auprès du Clae, ou 29 euros par correspondance (plus d'infos sur clae.lu).